



KEINE STEUERERHÖHUNG
WEITER INVESTIEREN
KOSTEN REDUZIEREN

ETATREDE

2010/11

Stadtrat Carsten Südmersen
Vorsitzender der CDU-Gemeinderatsfraktion
zu den Haushaltsberatungen,
gehalten am 2. Februar 2010
vor dem Gemeinderat der Stadt Mannheim

Es gilt das gesprochene Wort

Die nicht gesprochenen Passagen wurden zu Protokoll gegeben.

Herausgeber :

CDU-Gemeinderatsfraktion Mannheim, Rathaus E 5, Postfach 10 30 51,
68030 Mannheim, Telefon: 0621/293-2190, Telefax: 0621/293-9440

E-Mail: [: cdu@mannheim.de](mailto:cdu@mannheim.de)

Internet: www.cdu-mannheim.de

Mannheim, 2. Februar 2010

1	Einleitung	1
2	Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise	2
3	Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2010/2011	3
3.1	Neuverschuldung.....	3
3.2	Keine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer.....	3
3.3	Ausgaben im Verwaltungshaushalt steigen stark an	4
3.4	Personal- und Sachkostensteigerungen	5
3.5	Haushaltsstrukturprogramm 2013.....	5
3.6	Weitere Investitionen verschieben	6
3.7	Zusätzliche Einnahmen durch Ausschüttung der MVV GmbH/Verkehr	6
3.8	Zusammenfassung : Eckwerte der CDU-Gemeinderatsfraktion	7
4	Schwerpunktthema Bildung	8
4.1	Vorschulische und außerschulische Bildung.....	10
4.2	Ganztagsschulen	10
4.3	Werkrealschulen	12
4.4	Sanierung und Neubau	12
5	Jugend- und Familienpolitik	13
5.1	Kindergartengebühren / Betreuungsgutscheine.....	13
5.2	Familienpass wieder einführen	15
5.3	Krippenausbauprogramm	16
5.4	Freie Jugendarbeit / Offene Jugendarbeit	17
6	Sozialpolitik	18
7	Kulturpolitik genießt hohen Stellenwert	20
7.1	Kulturhauptstadt 2020 ist ein wichtiges Ziel	20
7.2	Neubau der Kunsthalle	21
7.3	Generalsanierung Nationaltheater	21

7.4	Reiss-Engelhorn-Museen	22
7.5	Freie Szene	22
8	Wirtschaft	23
8.1	Zukunft der Wirtschaftsförderung.....	23
8.2	Flächenmanagement	24
9	Sport	24
10	Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau- und Liegenschaftspolitik	26
10.1	Wohnungsbau	26
10.2	Mannheim 21 ungebremst fortsetzen	27
10.3	Reduzierung städtischer Liegenschaftsbestände	27
11	Verkehr	28
11.1	ÖPNV – Trassenoptimierung in unserer Stadt	29
11.2	Hafen Mannheim	31
11.3	Optimierung der Straßeninfrastruktur	31
11.4	Regionalflyghafen.....	32
11.5	ICE - Hochgeschwindigkeitstrasse Mannheim-Frankfurt voran bringen	33
12	Umwelt / Landwirtschaft	33
12.1	Lärmschutz ist Menschenschutz.....	33
12.2	Bahnlärm eindämmen	34
12.3	Luftreinhaltung beginnt vor Ort	34
12.4	Landwirtschaft	35
13	Stadtteilentwicklung	35
13.1	Quartiermanagement.....	35
13.2	Kultur- und Bürgerhäuser	36
14	Sicherheit und Ordnung	36
14.1	Ausbau KOD	36

14.2	Videoüberwachung.....	37
15	Personalentwicklung / Verwaltungsumbau.....	38
15.1	Personalentwicklung.....	38
15.2	Verwaltungsumbau / Change Projekte	39
16	Schlussbemerkung	40

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates,
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung,
sehr geehrte Damen und Herren!

1 Einleitung

Die diesjährigen Haushaltsberatungen finden unter außerordentlich schwierigen Rahmenbedingungen statt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat ihre Spuren hinterlassen und uns Einnahmeausfälle in dreistelliger Millionenhöhe beschert. Die Ausgaben im Sozial- Jugend- und Bildungsbereich steigen stetig an und wir haben in den letzten Jahren, nach der Amtsübernahme von Oberbürgermeister Dr. Kurz, umfangreiche Neueinstellungen vorgenommen sowie zahlreiche kostenintensive Projekte zur Verwaltungsreform angestoßen. Folglich ist die Ausgabenseite im Verwaltungshaushalt in den letzten Jahren deutlich gewachsen. Ebenso haben wir aufgrund der guten Haushaltslage der vergangenen vier Jahre eine Vielzahl an Investitionen auf den Weg gebracht und waren trotzdem in der Lage fast 80 Millionen an Altschulden zu tilgen. Doch die guten Jahre scheinen erst mal vorbei zu sein und wir müssen plötzlich alles auf den Prüfstand stellen, da wir davon ausgehen können, dass in den nächsten vier Jahren keine nennenswerte Verbesserung der Haushaltssituation eintreten wird und wir die Einnahmen des Jahres 2008 wohl frühestens im Jahr 2014 wieder erreichen werden.

Der Oberbürgermeister hat deshalb dem Gemeinderat einen Haushalt vorgelegt, der zum einen ein Einsparprogramm von 22 Mio. Euro im Verwaltungshaushalt beinhaltet und das Volumen der Investitionen für die Jahre 2012 und 2013 um über 40 Mio. Euro pro Jahr abschmelzen lässt, zum anderen aber auch eine Neuverschuldung von 106,9 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren vorsieht.

Der Gemeinderat muss in diesen Haushaltsberatungen die Weichen für die Zukunft stellen und Entscheidungen fällen, die die Gestaltungsfähigkeit unserer Stadt in den nächsten beiden Haushaltsjahren sichert, aber nicht zu Lasten der kommenden Generationen gehen. Es gibt aus unserer Sicht keinen weiteren Spielraum für neue Wünsche aus den Reihen des Gemeinderates.

2 Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise

Durch Einnahmeausfälle und Mehrausgaben haben wir im Vergleich zu den Haushaltsjahren 2008 und 2009 eine Lücke von 200 Mio. Euro zu schließen. Betrachtet man die mittelfristige Finanzplanung der nächsten vier Jahren so sind es, nach Aussage der Verwaltung, sogar 354 Mio. Euro die uns im Haushalt fehlen.

Der Einbruch der Steuereinnahmen ist gewaltig, in Mannheim gingen die Steuereinnahmen von 2008 auf 2009 um rd. 8,5 % zurück. Allein bei der Gewerbesteuer werden uns 2010 im Vergleich zum Jahr 2009 rund 20 Mio. Euro und im Vergleich zum Jahr 2008 sogar rund 50 Mio. Euro auf der Einnahmeseite fehlen.

Im letzten Jahr konnten durch die Konjunkturprogramme des Bundes zusätzlich 22 Mio. Euro an Investitionsmitteln für Mannheim vereinnahmt werden, doch schon in diesem Jahr fehlt uns im Haushalt für nachträgliche Finanzierung dieser Mittel ein zweistelliger Millionenbetrag. Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der neuen Bundesregierung führt ebenfalls zu Mindereinnahmen bei den Kommunen. Doch alles Wehklagen hilft nichts, die Gesetze und Programme wurden gemacht um die Konjunktur anzukurbeln, die Haushalte und Unternehmen zu entlasten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, bzw. zu sichern. Sie sind der richtige Weg aus der Krise, auch wenn uns ihre kurzfristigen Auswirkungen erst mal belasten.

Die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise haben wir 2009 bereits zu spüren bekommen und sie werden uns auch noch mindestens die nächsten vier Jahre begleiten, erst danach prognostizieren die Experten eine Entspannung der eingetretenen Situation.

Die Stadt Mannheim konnte bisher die Probleme der Finanzkrise hervorragend meistern, da wir durch geschickte Finanzpolitik in den letzten Jahren zum Ausbruch der Krise über eine erhebliche Rücklage verfügten. Das Haushaltsjahr 2009 wurde ohne Neuverschuldung abgeschlossen und ein Nachtragshaushalt war nicht erforderlich. Nicht vielen Großstädten in der Bundesrepublik Deutschland ist dies im vergangenen Jahr gelungen.

3 Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes 2010/2011

3.1 Neuverschuldung

Ein dramatischer Anstieg der Neuverschuldung in allen Öffentlichen Haushalten ist eine wesentliche Auswirkung der Wirtschafts- und Finanzkrise. Der Bundeshaushalt weist eine noch nie dagewesene Rekordverschuldung aus, dem Landeshaushalt des Landes Baden- Württemberg, eines der reichsten Bundesländer, wird es nicht anders ergehen und auch unsere Landeshauptstadt Stuttgart, die es in den letzten Jahren geschafft hatte nahezu schuldenfrei zu werden, musste einen Haushalt verabschieden, der durch massive Neuverschuldung gekennzeichnet war.

In Mannheim konnten wir in den letzten vier Jahren ca. 75 Mio. Euro an Altschulden tilgen und sind ohne Neuverschuldung ausgekommen. Durch die Zinsersparnis hatten wir uns wieder etwas Luft im Verwaltungshaushalt geschaffen. Ein Anstieg der Neuverschuldung von 2009 bis 2013 um 106,9 Mio. Euro bringt nach Aussagen der Verwaltung eine zusätzliche Zinsbelastung von mindestens 9 Mio. Euro mit sich. Dieser Betrag muss aus dem Verwaltungshaushalt zusätzlich erwirtschaftet werden, was bei der augenblicklichen Haushaltssituation eigentlich nicht möglich ist.

Ohne Neuverschuldung kommen wir die nächsten vier Jahre nicht aus, müssen jedoch Maßnahmen ergreifen, die den Verwaltungshaushalt dauerhaft entlasten. Der Oberbürgermeister hat diesen Prozess mit seinem 22 Mio. Euro Programm bereits eingeleitet und hat außerdem mit einer globalen Minderausgabe Personal von 6 Mio. Euro in den nächsten beiden Jahren die geplanten Personalkostensteigerungen bereits halbiert.

Das Neuverschuldungsverbot muss deshalb für den Doppelhaushalt 2010/2011 aufgehoben werden, da eine außergewöhnliche Situation eingetreten ist. Wir werden aber weiterhin an diesem Gebot festhalten, da es dazu keine Alternative gibt, wenn wir die Zukunft unserer Stadt nicht gefährden wollen.

3.2 Keine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer

Der Oberbürgermeister hat in seiner Etatrede am 22.12.2009 ausgeführt, dass die Verwaltung es für notwendig hält, den Hebesatz für die Grundsteuer von 400 auf 450

Hebesatzpunkte zu erhöhen. Dies bedeutet eine Mehrbelastung für die Mannheimer Haushalte und Unternehmen von 6,5 bis 7,0 Millionen Euro pro Jahr. Etwa die Hälfte davon haben die Mieter zu tragen, da die Eigentümer diese zusätzlichen Kosten eins zu eins weiterbelasten, die andere Hälfte tragen die Mannheimer Unternehmen.

Im Jahr 2000 hatte die CDU-Gemeinderatsfraktion die Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer gesenkt und die Mannheimer Haushalte und Unternehmen spürbar entlastet. Beide Steuersenkungen haben sich positiv auf den Wirtschaftsstandort Mannheim aber auch auf den Haushalt der Stadt ausgewirkt. Nach der deutlichen Steuererhöhung bei der Grundsteuer im Jahre 1993 von 330 Prozentpunkte auf 400 Prozentpunkte und im Jahre 1995 um weitere 30 Prozentpunkte auf 430 Prozentpunkte konnte damit die falsche Steuerpolitik der 90er Jahre teilweise korrigiert werden. Genauso wie die CDU-Gemeinderatsfraktion einer Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer in den Jahren 1995 und 2006 nicht zugestimmt hat, werden wir auch die jetzige Steuererhöhung nicht mittragen.

3.3 Ausgaben im Verwaltungshaushalt steigen stark an

Aus den Anlagen der Etatrede des Kämmerers lässt sich folgendes Zahlenwerk entnehmen:

Haushaltsjahr	2009	2010	2011	Diff. 2009/2011
Ausgaben im Verwaltungshaushalt ohne Zuführung	882.800.000	912.900.000	911.200.000	28.400.000
Personalkosten	233.400.000	240.600.000	245.900.000	12.500.000
Sachkosten	160.900.000	168.800.000	169.800.000	8.900.000
Zuweisungen und Zuschüsse	113.700.000	116.400.000	118.500.000	4.800.000
Soziale Leistungen (Netto)	210.900.000	223.900.000	225.200.000	14.300.000
Zwischensumme				40.500.000
Zinsen	21.900.000	22.500.000	24.000.000	2.100.000
Umlagen	142.000.000	145.700.000	134.600.000	-7.400.000
Haushaltsstrukturprogramm		-5.000.000	-6.800.000	-6.800.000
	882.800.000	912.900.000	911.200.000	28.400.000

Das Volumen der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes steigt von 2009 nach 2010 um ca. 30 Mio. Euro an, bevor es 2011 durch das Haushaltsstrukturprogramm zu einer Reduzierung um 1,7 Mio. Euro kommt. Insbesondere bei den Personal- und Sachkosten sowie den Kosten für soziale Leistungen sind exorbitante Steigerungen vorgesehen auf die in den folgenden Abschnitten einzugehen ist.

3.4 Personal- und Sachkostensteigerungen

Der Haushaltsplanentwurf 2010/2011 ist durch eine enorme Steigerung bei den Personal- und Sachkosten gekennzeichnet. Hierbei wurden nur 1,2 bzw. 1,0 % allgemeine Tarif-/Besoldungserhöhungen eingerechnet. Ein Teil der Steigerungen ist durch die Wahrnehmung zusätzlicher Aufgaben vor allem im Jugendbereich erklärbar. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass die Steigerungen nahezu alle Bereiche der Verwaltung betreffen. Der Anstieg der Personalkosten um 12,5 Mio. Euro und die 8,9 Mio. Sachkostensteigerung von 2009 bis 2011 sowie ein abermaliger Anstieg der Personalkosten um 12,8 Mio. bis 2013 ist bei der derzeitigen Haushaltssituation nicht hinnehmbar. Diese Mehrausgaben müssen vollständig über Neuverschuldung finanziert werden, was auch in den kommenden Jahren nicht anders sein wird.

In vier Jahren würden die Personalkosten von 233,4 Mio. Euro um 25,3 Mio. Euro auf 258,7 Mio. Euro steigen, was einer prozentualen Steigerung von fast 11 % entspricht. Wir sind verpflichtet, die Personalkostensteigerungen der nächsten vier Jahre deutlich zu reduzieren. Der Oberbürgermeister hat dies mit einer globalen Minderausgabe bereits für die nächsten drei Jahre vorgesehen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion ist der Auffassung, dass die geplanten Personalkostensteigerungen der nächsten vier Jahre um 50 % reduziert werden müssen. Dies bringt weitere Einsparungen von 4,5 Mio. Euro in diesem Zeitraum.

Auch die Steigerung der Sachausgaben in den nächsten vier Jahren muss deutlich geringer ausfallen als im Haushaltsplan vorgeschlagen. Deshalb fordern wir bei den Sachkosten eine globale Minderausgabe in Höhe von 2 Mio. Euro pro Jahr.

3.5 Haushaltsstrukturprogramm 2013

Das Haushaltsstrukturprogramm von 22 Mio. Euro für die nächsten vier Jahre ist auf den ersten Blick ein anspruchsvolles Programm, auf den zweiten Blick jedoch stellt sich bei vielen Positionen die Frage nach der tatsächlichen Realisierbarkeit der geplanten Einsparungen. Insbesondere ist uns die Ausgabenreduktion bei der Grundsicherung von Arbeitssuchenden und bei der Eingliederungshilfe in Summe von 4,3 Mio. Euro in den nächsten vier Jahren nicht transparent. Desweiteren sind wir von den Kürzungen bei den Jugendhäusern nicht sonderlich begeistert.

Aus dem Haushaltsstrukturprogramm lehnen wir folgende Positionen definitiv ab:

- Reduzierung des Betreuungsgutscheins ab 2013
- Wegfall der Beckenheizung in den Freibädern
- Aufgabe und Rückbau des 48er Platzes
- die nochmalige Erhöhung der Entgelte für den Fachbereich Sport und Freizeit
- die Streichung der Personalstelle für den Jugendtreff Wallstadt

3.6 Weitere Investitionen verschieben

Die Verwaltung hat im Haushaltsplanentwurf eine Vielzahl an geplanten Investitionen, die sich bei den letzten Etatberatungen in der mittelfristen Finanzplanung befanden, bereits ersatzlos gestrichen oder verschoben. Wichtig ist, dass bei den Investitionen in unsere Schulen keine Abstriche vorgesehen sind. Diese Auffassung teilt auch die CDU-Gemeinderatsfraktion und wird den vorgeschlagenen Schulsanierungs- und Neubauprojekten zustimmen.

Nachfolgende Projekte sehen wir noch auf dem Prüfstand:

Haushaltsjahr	2010	2011	2012	2013	Summe
Kurpfalzachse		1.000.000			1.000.000
Strassenabschnitt G2/H2	160.000				160.000
Aufwertung Jungbusch				2.000.000	2.000.000
Verbesserung Haushalt	160.000	1.000.000	0	2.000.000	3.160.000

Weitere Investitionen in die Maßnahme Kurpfalzachse sind in den nächsten Jahren nicht zwingend erforderlich, ebenso die Aufwertung des Jungbuschs im Jahr 2013. Beide Projekte will auch die CDU-Gemeinderatsfraktion realisieren, sie müssen jedoch verschoben werden. Eine Investition in den Straßenabschnitt G2/H2 bei gleichzeitiger Reduzierung der Mittel für die Attraktivierung der Planken tragen wir nicht mit.

3.7 Zusätzliche Einnahmen durch Ausschüttung der MVV GmbH/Verkehr

In den vorletzten Etatberatungen hatte der Gemeinderat einen Anteilsverkauf von Aktien der MVV Energie AG beschlossen. Der größte Teil des Erlöses wurde damals über die MVV GmbH an die Stadt Mannheim ausgeschüttet. Aus dem Verkaufserlös blieben 10 Mio. Euro bei der MVV GmbH und sollten in den Folgejahren für kommunale Projekte eingesetzt werden. Dies ist bisher nicht erfolgt. Die CDU wird deshalb beantragen, in den nächsten vier Jahren diese 10 Mio. Euro von der MVV

GmbH an den Haushalt der Stadt Mannheim abzuführen. Die Verwaltung hat zusätzlich eine Abführung aus den Dividenden der MVV Energie AG vorgesehen, die entweder dann möglich wird, wenn die Dividende höher ausfällt als in den vergangenen Jahren, oder die Verkehrsverluste sich reduzieren.

3.8 Zusammenfassung: Eckwerte der CDU-Gemeinderatsfraktion

Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht bei 106,9 Mio. Euro Neuverschuldung in vier Jahren die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt Mannheim dauerhaft gefährdet. In diesen Etatberatungen ist ein deutliches Absenken der Neuverschuldung ohne zusätzliche Einnahmeverbesserungen aber nicht möglich. Die vorgeschlagene Grundsteuererhöhung und die Halbierung der Betreuungsgutscheine lehnen wir ab. Dies halten wir in Anbetracht der wirtschaftlichen Situation für das falsche Signal an die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen in unserer Stadt.

Unsere Verschlechterungen des Haushaltsplanentwurfs und der mittelfristigen Finanzplanung wollen wir durch folgende Maßnahmen kompensieren:

- Weitere Reduzierung der geplanten Personalkostensteigerungen bis 2013 um 4,5 Mio. Euro und Halbierung der Sachkostensteigerungen (8 Mio. Euro)
- Verschiebung von Investitionen in Höhe von 3,16 Mio. Euro
- Reduzierung des Haushaltsansatzes beim Vermögenserwerb um 4 Mio. Euro
- Zusätzliche Einsparungen bei den Change Projekten in Höhe von 525 Tsd. Euro
- Zusätzliche Gewinnabführung der MVV GmbH in Höhe von 10 Mio. Euro (brutto), davon werden im Haushalt ca. 8,35 Mio. Euro ankommen
- Verzicht auf die Zuschusserhöhung von 475.000 Euro für die Freie Kulturszene
- Verzicht auf zusätzliche Stellen bei der Bildungsplanung in Höhe von 143.000 €

Zusammenfassung der Veränderungsvorschläge der CDU am Haushaltsplanentwurf:

Veränderungen HH-Plan	2010	2011	2012	2013	Summe
Verzicht Grundsteuererhöhung	6.500.000	6.500.000	6.800.000	7.000.000	26.800.000
Verzicht Halbierung Gutscheine				1.300.000	1.300.000
sonstige Verschlechterungen	115.000	136.000	202.000	302.000	755.000
Summe Verschlechterungen	6.615.000	6.636.000	7.002.000	8.602.000	28.855.000
Reduzierung Personalkosten		500.000	1.000.000	3.000.000	4.500.000
Reduzierung Sachkosten	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	8.000.000
Verschiebung Investitionen	160.000		1.000.000	2.000.000	3.160.000
Reduzierung Vermögenserwerb	2.000.000		1.000.000	1.000.000	4.000.000
Einsparung Change Projekte	325.000	150.000	50.000		525.000
Gewinnabführung MVV GmbH	2.350.000	4.000.000	2.000.000		8.350.000
sonstige Verbesserungen	718.000	718.000	718.000	718.000	2.872.000
Summe Verbesserungen	7.553.000	7.368.000	7.768.000	8.718.000	31.407.000

Mit den Vorschlägen der CDU-Gemeinderatsfraktion wäre es somit möglich, die Grundsteuererhöhung in 2010 sowie die Halbierung des Betreuungsgutscheines für die Gebühren der Kindertagesstätten in 2013 zu verhindern und - im Vergleich zum Haushaltsplanansatz - die geplante Neuverschuldung in den nächsten vier Jahren um ca. 2,5 Mio. Euro zu reduzieren.

4 Schwerpunktthema Bildung

Der Bildungsbereich ist für alle Fraktionen und für die Verwaltung das zentrale Zukunftsthema. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat schon bei vergangenen Etatberatungen in diesem Bereich deutliche Schwerpunkte gesetzt, wobei bisher das Hauptaugenmerk auf die Sanierung und den Neubau der fast einhundert Schulgebäude gelegt wurde. Bereits in meiner letzten Etatrede habe ich darauf hingewiesen, dass eine zeitgemäße Bildungspolitik sowohl für das individuelle Zukunftspotential als auch für die Konkurrenzfähigkeit unserer Kommune ausschlaggebend ist und die vorhandene Bildungskonstellation in Mannheim kritisch überprüft werden muss.

Durch die wirtschaftliche Situation in der wir uns befinden ist diese Aufgabe umso dringender geworden. Nach wie vor muss die Kommune im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Qualität der Bildungseinrichtungen und der außerschulischen Bildungsangebote verbessern und ein Hauptaugenmerk auf die Förderung von Schülern aus bildungsfernen Familien richten, um allen Mannheimer Schülerinnen und Schülern eine gute Bildung zu ermöglichen. Ebenso sind der bauliche Zustand

und die lernfördernde bauliche Gestaltung von Schulen eine wesentliche Einflussmöglichkeit der Kommunen. Aber auch das Gesamtangebot an schulischer und außerschulischer Bildung ist im Hinblick auf die geänderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu analysieren und bei Bedarf zu verändern.

Aufgabe einer kommunalen Verwaltung ist es jedoch nicht, eine Parallelstruktur zur staatlichen Schulaufsicht aufzubauen, sich kaum an den Förderprogrammen des Landes zu beteiligen und einen für die Stadt kostenintensiven Weg im Sinne einer „Mannheimer Lösung“ zu gehen. Deshalb werden wir beantragen, die zusätzlichen Mittel für die Bildungsplanung in Höhe von 143.000 Euro zu streichen.

Die leidige Debatte um das gegliederte Schulsystem hat in einem kommunalen Parlament in Baden-Württemberg nichts zu suchen, die Gesetzgebung liegt nicht in unserer Zuständigkeit. Auf zwei entscheidende Sachverhalte möchten wir zu diesem Punkt hinweisen. Zum einen sagt PISA rein gar nichts darüber aus, ob nun das gegliederte oder das Gesamtschulsystem die besseren Bildungsergebnisse hervorbringt. Auch Norwegen hat wie Finnland – übrigens aufgrund der geringen Bevölkerungsdichte im skandinavischen Raum – überwiegend Gesamtschulen, und schneidet deutlich schlechter ab als Deutschland (noch deutlich schlechter übrigens als Baden-Württemberg). Der Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund, die häufig einen erhöhten individuellen Förderbedarf haben, ist in Finnland nicht annähernd zu vergleichen mit dem in Mannheim. Und dem Ansehen der Lehrer, das in PISA-Siegerländern wie Finnland tatsächlich wesentlich höher ist als bei uns, hilft es nichts, wenn wir in der kommunalen Debatte um die räumliche Ausstattung unserer Schulen immer wieder die allgemeine Diskussion um die Schulstruktur neu beginnen. Dies vermittelt nur den Eindruck, die Leistung der Lehrer sei weniger wichtig als die Schulstruktur innerhalb derer sie sich bewegen.

Lassen Sie mich daran erinnern, dass Baden-Württemberg mit seinem gegliederten Schulsystem aufgrund der guten Durchlässigkeit zwischen den Schulformen sowie der Devise „Kein Abschluss ohne Anschluss“ eine sehr hohe Zahl an Schülern hat, die ihre Hochschulreife nicht aufgrund eines Übergangs von der Grundschule an ein allgemeinbildendes Gymnasium erlangen, sondern über eine andere, ihren Begabungen eher entsprechende Schullaufbahn.

Der Bildungsabschluss steht also nicht zwingend im Zusammenhang mit dem Übergangverhalten nach der Grundschule. Das wird aus unserer Sicht in vielen vergleichenden Studien vernachlässigt.

4.1 Vorschulische und außerschulische Bildung

Die Förderung von Kindern, besonders aus bildungsfernen Familien, darf nicht erst mit der Einschulung beginnen. Allein schon durch den Besuch eines Kindergartens und durch die dort möglichen Förderprogramme kann schon früh ein eventuell vorhandenes Förderdefizit im familiären Umfeld ausgeglichen werden. Hier kann die Stadt - in Ergänzung zur vom Land verantworteten Bildungsleistung der Schulen - einen wichtigen Beitrag leisten. Es darf dabei bei den Eltern nicht der Eindruck entstehen, dass man ihnen die Erziehung und Förderung ihrer Kinder nicht zutraut. Eine Entwicklung hin zur Ganztagsbetreuung als Regelbetreuung bereits mit Beginn des Kindergartens lehnt die CDU-Gemeinderatsfraktion auch deshalb – und nicht nur aus finanziellen Gründen – ab. Obwohl es im Einzelfall im Interesse des Kindes sein kann, es bereits im Vorschulalter ganztags in einer Einrichtung zu betreuen und zu fördern, sollte dies grundsätzlich im Ermessen der Eltern liegen. Ein angemessenes Bildungs- und Förderangebot muss durch die Stadt - in Ergänzung zu den bestehenden Angeboten der Freien Träger und der Kirchen - auch außerhalb der Kindertagesstätten, z.B. im Rahmen der Abendakademie oder in der Stadtbibliothek, vorgehalten werden. Solche Angebote können die Kinder gemeinsam mit ihren Eltern und zeitlich flexibel nutzen.

4.2 Ganztagschulen

In der Bildungsdebatte in Deutschland entsteht oft der Eindruck, Bildung und Schule seien ein notwendiges Übel und das eigentliche Leben, die eigentliche Entfaltung eines Kindes oder eines Jugendlichen fände generell außerhalb der Schule statt. Diese Sichtweise ist fatal, wie man gerade an der Debatte um die Ganztagschulen erkennen kann. Wir haben zurzeit weder die gesetzlichen Regelungen noch die finanziellen Mittel, um Ganztagschulen flächendeckend, in allen Schularten und an jedem Schulstandort umzusetzen. Diese Feststellung ist uns vor allem deshalb wichtig, weil in der Diskussion um die Schulkindbetreuung, bei den Kürzungen im Jugendbereich, aber auch in der Diskussion um die Zuschüsse an Freie Träger oder Sportvereine, leicht der Eindruck entsteht, deren Leistungen seien, sofern sie

schulpflichtige Kinder betreffen, aus Sicht der Verwaltung ohnehin nicht mehr lange notwendig. Dies ist nicht der Fall und daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern.

Nichtsdestotrotz spielen die Ganztagschulen in Mannheim bereits heute und verstärkt in der Zukunft eine entscheidende Rolle. Besonders bei der bereits angesprochenen Förderung von Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern, aber auch bei der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, leisten Ganztagschulen wichtige Arbeit. Eine Ganztagschule mit neuen Lernformen und einer aufgelockerten, dem Alter der Kinder angepassten Zeitstruktur ist pädagogisch meistens sinnvoller als eine Kombination aus Schule am Vormittag und Hortbetreuung am Nachmittag. Zudem reduziert sich der Aufwand für Eltern, die auf eine Ganztagsbetreuung angewiesen sind, enorm. Wo ausreichend Nachfrage nach Ganztagsbetreuung besteht und die räumlichen Voraussetzungen vorhanden sind oder trotz der angespannten Haushaltsslage geschaffen werden können, ist daher mindestens eine offene Ganztagschule mit sinnvoller Konzeption zu empfehlen. Nicht in jeder Schulart an jedem Standort wird dies der Fall sein, so dass auf eine enge Verzahnung der betroffenen Schulen gerade mit außerschulischen Horten, mit Vereinen und Freien Trägern geachtet werden muss.

Es gibt zwei Schularten, bei denen das Thema Ganztagschule aufgrund aktueller Entwicklungen besonders im Vordergrund steht. Bei den Gymnasien hat das Land Baden-Württemberg zugesichert, dass jeder Standort Ganztagschule werden kann, da aufgrund der Verkürzung der Gymnasialzeit und der damit verbundenen Anhebung der Stundentafel der Nachmittagsunterricht der Regelfall ist. Anstatt dies zu beklagen, sollten die Schulgemeinschaften die Chance nutzen, ein sinnvolles Ganztagschulkonzept unter Einbeziehung außerschulischer Einrichtungen zu entwickeln, um den Schülern ein noch effektiveres Lernen zu ermöglichen und ihnen ein Umfeld zu bieten, in dem sie sich wohl fühlen. Bildung und Schule dürfen nicht länger als lästige Pflicht der Kinder angesehen werden. Hier geht es für die Kinder um die Chance, die eigene Zukunft zu gestalten – und für die verschiedenen Akteure im schulischen Umfeld darum, sie gemeinsam dabei zu unterstützen.

4.3 Werkrealschulen

Die zweite Schulart, die zurzeit in besonderer Weise mit dem Thema Ganztagschule konfrontiert wird, ist die Werkrealschule. Durch ein überarbeitetes pädagogisches Konzept wird es den Hauptschulen künftig ermöglicht, die Mittlere Reife als Regelabschluss anzubieten und dabei den Schülern breite Möglichkeiten zur Entfaltung und Berufsorientierung zu geben. Das Land hat auch hier zugesichert, den Ganztagsbetrieb an allen Werkrealschulen zu genehmigen. Dies ist finanziell gesehen keine Selbstverständlichkeit, zeigt aber wie ernst die Landesregierung die Bildung und Förderung von Hauptschülern nimmt. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hält nach wie vor die gebundene Form der Ganztagschule für die Hauptschulen und künftigen Werkrealschulen für geboten.

Die Stadt Mannheim hat sich entschieden, künftig keine Hauptschulen nach altem Modell mehr anzubieten, wir unterstützen dies. Bei keiner anderen Schulart sinken die Schülerzahlen aufgrund des veränderten Übergangsverhaltens nach der Grundschule so schnell. Wir haben in Mannheim etwa 4.000 Schülerinnen und Schüler an 20 öffentlichen Hauptschulen aber etwa 7.000 Schülerinnen und Schüler an nur 9 öffentlichen Gymnasien. Die Stadt Mannheim muss – unabhängig von der Entwicklung der Hauptschulen zu Werkrealschulen – über die Zusammenlegung einzelner Hauptschulstandorte nachdenken. Wir sind es unseren Steuerzahlern schuldig, das gesamte Angebot unserer Leistungen und damit auch die Angebote an schulischer und außerschulischer Bildung regelmäßig an die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. Dies gilt umso mehr angesichts der wirtschaftlichen Lage, mit der wir uns bei diesen Haushaltsberatungen konfrontiert sehen. Es ist nicht vermittelbar, dass eine Stadt mit stetig sinkenden Schülerzahlen an allen Schulstandorten festhält, da vor allem die Unterhaltung und die Instandsetzung der vielen Gebäude kaum zu stemmen ist. Deshalb unterstützen wir die Vorschläge der Verwaltung zur Reduzierung der bisherigen Hauptschulstandorte.

4.4 Sanierung und Neubau

In den vergangenen Jahren war es aufgrund der guten Einnahmesituation und mit Unterstützung des Konjunkturpaketes des Bundes möglich, einen Schwerpunkt bei der Schulsanierung zu setzen. So konnten viele Sanierungsmaßnahmen und sogar

einige Neubauten in Angriff genommen werden. Dieser Schwerpunkt wird, trotz der aktuell schwierigen Haushaltslage, weiter Bestand haben. So gilt es, laufende Projekte zu einem guten Abschluss zu bringen sowie dringend notwendige und bereits geplante Sanierungsarbeiten in Angriff zu nehmen.

Allerdings müssen wir die Sanierung der Schulgebäude immer gemeinsam mit den Veränderungen in der Schullandschaft betrachten. Viele Gymnasien und Berufsschulen leiden unter akuter Raumnot. Auf der anderen Seite werden wir im kommenden Jahr über die Schließung einiger Hauptschulstandorte entscheiden, bei denen Schulgebäude für eine andere schulische oder nicht schulische Nutzung freierwerden oder möglicherweise aufgrund der schlechten Bausubstanz anderen Bauvorhaben weichen können. Die CDU-Fraktion wird in den kommenden Jahren keiner Vorlage zustimmen bei der die Themen Schulbausanierung und Standortentwicklung nicht gemeinsam betrachtet und zumindest die potentiellen Auswirkungen auf die Schullandschaft erörtert werden.

5 Jugend- und Familienpolitik

Die Attraktivität der Stadt für Familien ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Durch zahlreiche Initiativen der CDU-Gemeinderatsfraktion sind die Interessen und Bedürfnisse von Familien in den Blickpunkt des politischen Handelns gerückt. Die freiwilligen städtischen Leistungen des Familienpasses und die Entlastung der Familien mit den Betreuungsgutscheinen für den Kindergartenbesuch und die Krippenunterbringung waren Meilensteine auf dem Weg hin, junge Familien für unsere Stadt zu gewinnen. Der Erfolg und die Nachfrage geben uns Recht und sollten Ansporn für alle politischen Vertreter sein.

Aber auch im Jugend- und Familienbereich sind wir in Anbetracht der Haushaltssituation gefordert, Synergieeffekte zu erzielen, Ziele zu hinterfragen und Maßnahmen zu bündeln, ohne dabei an Qualität zu verlieren.

5.1 Kindergartengebühren / Betreuungsgutscheine

Die frühkindliche Bildung genießt in der CDU-Gemeinderatsfraktion einen großen Stellenwert. Aus diesem Grund war und ist es uns wichtig, dass möglichst alle Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, um optimal auf den Einstieg in unser

Bildungssystem vorbereitet zu werden. Dabei sehen wir uns als Kommunalpolitiker zweierlei Herausforderungen gegenüber, zum einen ein ausreichendes quantitatives Angebot zu schaffen und dieses zugleich auch qualitativ zum Wohle unserer Kinder und deren Bildungserfolg weiterzuentwickeln. Dass die Stadtverwaltung nun zuerst einmal in den kommenden beiden Jahren ihren Schwerpunkt auf die Intensivierung der Sprachförderung legt ist richtig und begrüßenswert. Die Erhöhung auf rund 835.000 Euro pro Jahr findet die Unterstützung der CDU-Gemeinderatsfraktion.

Im Zusammenhang mit der Betreuungsplatzsituation spielt in der jetzigen Lage natürlich auch die Höhe der Gebühren eine ganz wesentliche Rolle. Denn wir als CDU-Gemeinderatsfraktion wollen im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einerseits und im Sinne der Bildungsoffensive andererseits den Familien in Mannheim bezahlbare Kindergarten- und Kinderkrippenplätze zur Verfügung stellen. Dabei bleibt es unser Ziel, wenn es die finanzielle Situation der Stadt wieder zulassen sollte, das dritte Kindergartenjahr von Gebühren gänzlich zu befreien.

Doch nun gilt es zunächst einmal, die vorhandenen sowie die neu zu schaffenden Betreuungsplätze für unsere Stadt und deren Familien gleichermaßen finanzierbar zu machen. Die Verwaltung plant Mehreinnahmen in Höhe von 1,3 Mio. Euro pro Jahr durch die Erhöhung der Betreuungsgebühren bei den Kindertagesstätten. Damit werden die Gebühren für den Besuch von städtischen Betreuungseinrichtungen in Mannheim an das Niveau, welches der baden-württembergische Städtetag empfiehlt und welches die kirchlichen Organisationen auch in unserer Stadt schon länger praktizieren, angeglichen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion ist bereit diesen Schritt mitzugehen, wenn im Gegenzug der Betreuungsgutschein erhalten bleibt. Die Höhe der Gebührenberechnung soll zukünftig von der Anzahl der Kinder innerhalb der Familien abhängig gemacht werden, um somit Familien mit mehr Kindern zu fördern und zu entlasten. Auch diese soziale Staffelung begrüßen wir.

Eine erneute Diskussion um eine einkommensabhängige Staffelung führt völlig am Thema vorbei. Kinder aus sozial schwachen Familien sind in der Regel sowieso beitragsfrei. Eine Staffelung würde nur in den städtischen Kindergärten - und dabei reden wir nur über knapp 30 % aller Einrichtungen - gelten und einen hohen Verwaltungsaufwand erzeugen. Eine solche Modelländerung hätte nur zur Folge,

dass Eltern, die nach der Staffelung einen höheren Beitrag leisten müssten, ihre Kinder in die Kindertagesstätten der Freien Träger anmelden würden.

Dem Vorschlag des Oberbürgermeisters, die Betreuungsgutscheine ab dem Jahr 2013 zu halbieren, erteilt die CDU-Gemeinderatsfraktion eine klare Absage. Durch die Schaffung der Betreuungsgutscheine konnten wir die Gebühren für den Besuch eines Regelkindergartens, sei es in städtischer oder freier Trägerschaft, in den letzten Jahren halbieren. Wird die neue Gebührenordnung, die uns von der Verwaltung vorgeschlagen wurde, in den Etatberatungen beschlossen, wird es zukünftig keine Halbierung mehr sein und für eine Anpassung des Gutscheins zugunsten der Familien fehlen uns zurzeit leider die finanziellen Mittel. Der städtische Zuschuss, den wir für den Besuch eines Kindes im Regelkindergarten in Höhe von derzeit 35 Euro leisten, soll aber auf jeden Fall erhalten bleiben. Würde er wegfallen, käme dies einer Verdopplung der Gebühren für die Kindertagesstätten gleich.

Auch im Krippenbereich hat die Stadt vorgeschlagen, eine einheitliche Betreuungsgebühr für alle Träger in Mannheim einzuführen. Die Empfehlung der kommunalen Spitzenverbände und der Landeskirchen legt eine Kostendeckung von 20 % der Betriebsausgaben zu Grunde. Da die kirchlichen Einrichtungen ihre Gebühren bereits an diese Vorschläge angepasst haben, werden wir auch diesem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Auch hier unterstützen wir eine soziale Staffelung nach Anzahl der Kinder in der Familie. Der Betreuungsgutschein von 50 Euro je Krippenkind und Monat soll erhalten bleiben.

5.2 Familienpass wieder einführen

Seit den Haushaltsberatungen 2000/2001 haben Jahr für Jahr bis zu 20.000 Familien den von der CDU-Gemeinderatsfraktion initiierten Familienpass beantragt. Die Bildungs-, Sport-, und Kultureinrichtungen der Stadt als Familie gemeinsam und unabhängig von der sozialen Herkunft, kostenlos nutzen zu können, wurde hervorragend angenommen. Allein 92.071 Besucher vergnügten sich bis September des vergangenen Jahres mit dem Mannheimer Familienpass kostenlos in den Frei- und Hallenbädern. Auch das Nationaltheater, das Planetarium, die Stadtparks und das Eissportzentrum Herzogenried wurden durch die kostenlosen Familiengutscheine stark frequentiert. Die Inanspruchnahme des Gutscheins für die

Erstattung der Jahresgebühr für Familien bei der Stadtbibliothek stieg stetig an. 2009 waren es 22 private Anbieter u.a. neun Sportvereine, Kinos, Maimarkt oder der Kunstverein, die im Gutscheineheft vertreten waren. Dabei geht es nicht um eine reine Subventionierung dieser Einrichtungen. Es geht vielmehr darum, für Familien einen Anreiz zu schaffen, mit ihren Kleinsten mehr Zeit zu verbringen und dabei unsere Stadt sowie deren Einrichtungen noch besser kennenzulernen. Dieses erfolgreiche Modell hatte uns die Verwaltung im November 2009 zur Fortsetzung vorgeschlagen und eine Mehrheit des Gemeinderates hat die Entscheidung in die Etatberatungen vertagt, mit der Konsequenz, dass es für das Jahr 2010 keinen Familienpass mehr gibt. Er ist zurzeit faktisch abgeschafft. Als Grund dafür wurde von der rot-rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat ausgeführt, dass man den Familienpass um eine soziale Komponente erweitern möchte. Das ist schon vielfach versucht worden, auch die CDU war in den letzten Etatberatungen gesprächsbereit einen Familienpass Plus zu entwickeln. Die Forderungen der linken Seite des Gemeinderates bzgl. einer ÖPNV Komponente für Hartz IV Empfänger waren und sind jedoch nicht finanzierbar.

Deshalb appellieren wir abermals, die Mannheimer Familien in unserer Stadt dieser Leistung nicht zu berauben. Wir als CDU-Gemeinderatsfraktion werden beantragen, den Familienpass wie von der Verwaltung vorgeschlagen in unveränderter Form fortzuführen.

5.3 Krippenausbauprogramm

Das Ziel, die Vereinbarkeit von Familien und Beruf zu stärken, stellt die Kommunalpolitik vor Ort vor große Herausforderungen. Um dem ab 2013 geltenden Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz begegnen zu können, müssen wir in Mannheim rund 1.500 zusätzliche Betreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen. Ebenso wie bei der Verwirklichung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz kann die Stadt Mannheim die erheblichen baulichen und personellen Anstrengungen nur unter Zuhilfenahme Freier Träger schultern. Nicht nur auf der Grundlage des verfassungsrechtlich gewährten Subsidiaritätsprinzips, sondern vor allem auch wegen der qualitativen Stärke der Freien Träger, allen voran der katholischen sowie der evangelischen Kirche, wollen wir als CDU-Gemeinderatsfraktion an einer engen Kooperation zwischen Stadtverwaltung und

unseren Kirchen festhalten. Daher stehen wir auch in wirtschaftlich schlechten Zeiten zu einer städtischen Förderung von Investitionsmaßnahmen in diesem Bereich. Und dennoch muss auch bei baulichen Maßnahmen im Zuge des Krippenausbauprogramms immer die wirtschaftliche Vernunft walten. Um dem Bedarf an weiteren 1.500 Krippenplätzen gerecht werden zu können, müssen Investitionszuschüsse in Höhe von rund 79,5 Millionen Euro getätigt werden. Wenn wir wirklich an der Realisierung einer Versorgungsquote von 35% ab dem Jahre 2013 festhalten wollen, muss sich der städtische Zuschuss für eine Krippengruppe mit 10 Krippenplätzen nach den Gesamtkosten von maximal 530.000 Euro richten. Projekte wie „Gänsweide“ des Neckarauer Waldorfindergartens dürfen sich nicht wiederholen und werden von der CDU-Gemeinderatsfraktion auch in Zukunft nicht mitgetragen.

5.4 Freie Jugendarbeit / Offene Jugendarbeit

Das Subsidiaritätsprinzip spielt in der Jugendarbeit eine herausragende Rolle, die durch Vereine, Kirchen und Jugendverbände und deren ehrenamtliche Mitarbeiter geprägt ist. Sie leisten mit ihrem Angebot einen wichtigen Beitrag zur Erziehung und Bildung von Jugendlichen in Mannheim. Allein bei den 27 Mitgliedsverbänden des Stadtjugendrings sind annähernd 50.000 Kinder und Jugendliche organisiert. Um diese fast unbezahlbare Leistung zu würdigen haben wir die Zuschüsse in diesem Bereich im letzten Haushalt erhöht. Eine erneute Zuschusserhöhung verbietet aber die aktuelle Haushaltsslage.

Darüber hinaus gibt es einen Bedarf an offenen Angeboten. Bürgermeister Dr. Hans Martini hat vor über 30 Jahren mit der Einrichtung von zentralen Jugendhäusern, die für mehrere Stadtbezirke zuständig waren, einen entscheidenden Meilenstein der offenen Jugendarbeit gesetzt. Die offene Jugendarbeit ist seit damals noch viel wichtiger geworden und hat sich entsprechend weiterentwickelt.

Ein weiterer Meilenstein war 1999 die Setzung von Standards in der Offenen Jugendarbeit in Mannheim. Gleichzeitig wurde mit den Stimmen der CDU ein Programm aufgelegt, das einen Jugendtreff in jedem Stadtbezirk vorsieht. In jedem Doppelhaushalt sollten zwei neue Jugendtreffs eingerichtet werden, um eine flächendeckende, bedarfsgerechte Versorgung zu erreichen.

Es ist uns gelungen in den Stadtteilen Feudenheim, Käfertal, Lindenhof, Neckarau, Neuhermsheim, Im Rott, Sandhofen und Seckenheim seit 1999 neue Jugendtreffs zum Großteil in freier Trägerschaft einzurichten. Lediglich in den Stadtbezirken

Wallstadt und Schwetzingerstadt/Oststadt fehlt eine hauptamtlich geleitete offene Jugendarbeit.

Beim Endlosthema „Jugendtreff Wallstadt“ ist die Verwaltung in der Pflicht zu erklären, was nun richtig ist. Der Oberbürgermeister erklärte im Zusammenhang mit der Stadtteilorientierung der Verwaltung, dass aufgrund der Sozialstruktur von Wallstadt kein Bedarf an einem offenen Jugendtreff bestünde. Er hat deshalb festgelegt, dass es keine Weiterverfolgung des Projektes gibt. Die Fachverwaltung vertritt bis heute öffentlich die Auffassung, dass der Bedarf für einen Jugendtreff nachhaltig bestehen würde. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hält an dem Ziel einen Jugendtreff im Stadtteil Wallstadt anzusiedeln weiterhin fest.

6 Sozialpolitik

Die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise traf die exportabhängige Wirtschaft Baden-Württembergs besonders hart. Kurzarbeit prägt die Arbeitswelt vieler Unternehmen. Auch unsere Stadt spürt die Auswirkungen dieser Krise, weil einerseits die Einnahmen bei der Kommune wegbrechen aber andererseits die Sozialen Leistungen stetig steigen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus sagt mit Blick auf diese Situation: „Die Sozialausgaben entwickeln eine immer größere Sprengkraft für die kommunalen Haushalte“. Dies gilt auch für unsere Stadt.

Hier wird die veranschlagte Gewerbesteuer in den kommenden beiden Jahren unter Berücksichtigung der Mittelzuflüsse aus dem Soziallastenausgleich (13 Mio. Euro) sowie des Bundesanteils an den SGB II - Unterkunftskosten (20 Mio. Euro) gerade ausreichen, um die Sozialen Leistungen (SGB VIII: Heim-/Familienpflege 25 Mio. Euro und Jugendhilfe 25 Mio. Euro sowie SGB XII: Sozialhilfe 50 Mio. Euro und Eingliederungshilfe für Behinderte 40 Mio. Euro) und die Kosten für die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II 70 Mio. Euro) finanzieren zu können. Die Gründe für diese jetzige Situation liegen vor allem in zwei Entwicklungen. Die durch die Bundesgesetzgebung definierte Sozialpolitik in unserer Stadt hat sich durch die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen beiden Jahren einerseits aber andererseits noch mehr durch den stetigen gesellschaftlichen Wandel und die in diesem Zusammenhang zu sehenden politischen Entscheidungen, wie beispielsweise den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, die Versorgungsvorgaben für Krippenplätze, die Auflösung des

Landeswohlfahrtsverbandes oder die Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) seit Jahren zusehends zu einem gewaltigen „Lastenpaket“ für unser Gemeinwesen entwickelt. Angesichts dieser Lage ist es geboten, darüber nachzudenken, wie können einerseits die vielschichtigen Leistungsgewährungen bei den kommunalen Pflichtaufgaben im Sozialbereich zielgenauer, rationeller und hinsichtlich deren Wirkung effektiver gestaltet werden und wie können andererseits die sogenannten „freiwilligen Leistungen“ ohne gravierende, dauerhafte Folgewirkungen der finanziellen Realität angepasst werden. In diesem schmerzlichen Kostenreduktionsprozess müssen als Leitgedanken vor allem die Fragen der Ausgewogenheit bei der Leistungsreduktion und Leistungsgewährung, der sozialen Gerechtigkeit sowie das partnerschaftliche und solidarische Miteinander in der Stadt und bei den Leistungserbringern gesehen werden.

Ausgehend von der Grundposition der Christlich Demokratischen Union, in Übereinstimmung mit der katholischen Soziallehre und der evangelischen Sozialethik, in dem der Mensch im Zentrum politischen Handelns zu sehen ist, sind nun die Herausforderungen bei der Gestaltung der Sozialpolitik in unserer Stadt anzugehen. Dabei beurteilt die CDU-Gemeinderatsfraktion die notwendigen Entscheidungen stets mit dem in der Sozialgesetzgebung verankerten Prinzip: Hilfe zur Selbsthilfe und dem in der Sozialphilosophie gründenden Subsidiaritätsprinzip. Diesem Anspruch wird das vorgelegte Haushaltsstrukturprogramm 2013 (B-Vorlage 650/2009) eigentlich nicht gerecht, da darin vor allem finanzielle Einspareffekte im Vordergrund stehen. Darüber hinaus sind die Vorschläge nur sehr schwer mit der Grundsatzvereinbarung der Stadt Mannheim mit der Liga der freien Wohlfahrtspflege in Einklang zu bringen, die vor drei Jahren unter dem Leitgedanken: „Das partnerschaftliche Miteinander von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege als Garant für ein soziales und gerechtes Miteinander“ unterschrieben wurde.

ARGE – Ein Erfolgsmodell in Mannheim

Angesichts des Urteils des Bundesverfassungsgerichts kann die sogenannte ARGE nur noch im Jahr 2010 bestehen bleiben. Für die Zukunft wäre es nach wie vor begrüßenswert, wenn die gute Arbeit des Jobcenters Mannheim insbesondere des Jobcenters Junges Mannheim mit ihrem bundesweiten Vorbildcharakter für die Betroffenen gesichert und erhalten werden könnte.

Auch aus städtischer Sicht muss dieses sozialpolitische Feld vorrangig bearbeitet werden, weil eine Leistungsgewährung ohne eine einheitliche Fachstelle fatale finanzielle Folgen in Millionenhöhe für unsere Stadt nach sich ziehen würde. Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung und alle Bundestagsabgeordneten endlich eine Lösung zu finden, die entweder eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung weiter möglich macht oder allen Kommunen und Landkreisen die Möglichkeit der alleinigen Aufgabenwahrnehmung gibt, wie es derzeit bei den Optionskommunen der Fall ist. Tritt Letzteres ein, ist es unvermeidbar, dass auch die Stadt Mannheim zur alleinigen Aufgabenwahrnehmung in diesem Bereich optiert.

7 Kulturpolitik genießt hohen Stellenwert

Kulturelle Institutionen und Veranstaltungen sind für uns zunächst gestaltender Ausdruck unserer gesellschaftlichen Normen und Werte. Darüber hinaus sind sie – im engeren Sinne – für die Entwicklung unserer Stadt ein zunehmend wichtiger Standortfaktor.

7.1 Kulturhauptstadt 2020 ist ein wichtiges Ziel

Die Bewerbung um die »Kulturhauptstadt Europas« setzt auf vielen Ebenen einer Stadt eine intensive Zukunftsgestaltung in Gang; kulturell, sozial und wirtschaftlich. Dies demonstrieren im laufenden Jahr 2010 die Stadt Essen und das Ruhrgebiet. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hatte seit 1996 entsprechende Anfragen bzw. Anregungen in Sachen Kulturhauptstadt der Verwaltung unterbreitet. Im Jahr 2001 hatten wir bereits die Bewerbung um die "Kulturhauptstadt Europas" beantragt. Nachdem der damalige und auch der jetzige Oberbürgermeister zuerst wenig Interesse zeigten, sind wir nun außerordentlich erfreut, dass vor zwei Jahren unsere Anregung aufgegriffen wurde und mit Zustimmung des Gemeinderats eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung dieser Bewerbung ihre Arbeit aufnahm. Wir sehen trotz zeitlicher und konzeptioneller Unsicherheiten für das Bewerbungsverfahren hierin eine große Chance für Mannheim und die Metropolregion Rhein Neckar.

Für eine erfolgreiche Bewerbung bedarf es hoch professioneller PR-Spezialisten und Event-Manager. Aufgrund unserer Erfahrungen mit dem Stadtjubiläum 2007 haben wir Zweifel, dass mit der bisherigen personellen Besetzung der Arbeitsgruppe

"Kulturhauptstadt Europas" der Erfolg sich einstellen wird. Die in den letzten zwei Jahren erarbeitete und im Dezember 2009 präsentierte Vorlage verstärkt leider unsere Skepsis. Wenn wir die Bewerbung wirklich ernsthaft weiterverfolgen wollen, müssen wir uns Gedanken über eine qualitative Verbesserung der Arbeitsgruppe „Kulturhauptstadt 2020“ machen. Darüber hinaus erwarten wir aber ab sofort die notwendige Transparenz bei den Vorbereitungen für diese Bewerbung. Zumindest der Kulturausschuss sollte regelmäßig über den Stand der Dinge informiert werden.

7.2 Neubau der Kunsthalle

In den letzten Jahrzehnten wurde der großartige Bestand unserer Kunsthalle erheblich vernachlässigt. So präsentieren sich heute die Bilder der Impressionisten und der klassischen Moderne teilweise in einem bejammernswerten Zustand. Darüber hinaus wurde die technische Aufrüstung des sogenannten Billingbaus sträflich vernachlässigt, sodass heute Ausstellungen mit bedeutenden Leihgaben nicht mehr möglich sind. Mit großartigem Einsatz und intensivem Engagement hat die neue Leiterin der Kunsthalle – Frau Dr. Lorenz – diese Probleme in Angriff genommen. Die 15 Mio. Euro für die technische und bauliche Sanierung des Altbaus sind eine gute, weil dringend notwendige Investition. Hoffen wir, dass während der Bauzeit auch die Sanierung des dortigen Bild- und Skulpturenbestandes gelingt, beispielsweise mit den von Herrn Stadtrat Dr. Kirsch initiierten Bildpatenschaften.

Der sogenannte Mitzlaff-Bau von 1983 entspricht leider nicht mehr den heutigen Ansprüchen an eine Kunsthalle von nationaler Bedeutung. Dies wurde in den zahlreichen Diskussionsrunden des vergangenen Herbstes immer wieder bestätigt. Die Stadt Mannheim wird einen Neubau mit einem Aufwand von ca. 50 Mio. Euro alleine nicht bewältigen können. Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird sich weiterhin für dieses Projekt einsetzen, aber es ist keine Frage, dass nur über das Engagement privater Investoren dieses Projekt in den nächsten vier Jahren eine Chance hat.

7.3 Generalsanierung Nationaltheater

Bisher besitzt das Nationaltheater fraglos die größte kulturelle Ausstrahlung für Mannheim. Es wird deshalb zu Recht auch in den kommenden zwei Jahren vom Land, vor allem aber von den Mannheimer Bürgern intensiv bezuschusst – pro Sitzplatz und Aufführung mit ca. 120 Euro. Das Nationaltheater wird ebenfalls einen

Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten und ab dem Jahr 2011 einen Betrag von 100.000 Euro einsparen, in 2012 werden es 200.000 Euro sein und im Jahr 2013 ist es 1. Mio. Euro, dies wird keine leichte Aufgabe sein.

Für erste Sanierungsarbeiten ist im Jahr 2010 ein Betrag von 300.000 Euro und in 2011 ein Betrag von 2 Mio. Euro vorgesehen. Dies ist zwar in Anbetracht des umfangreichen Sanierungsbedarfs beim Nationaltheater bei weitem nicht ausreichend, in Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt Mannheim aber eine positive Botschaft, dass mit der Generalsanierung zumindest begonnen werden kann.

7.4 Reiss-Engelhorn-Museen

Durch die großartige Ausstellung »Alexander der Große« haben die Reiss-Engelhorn-Museen und ihre Mitarbeiter ihre internationale Kompetenz erneut unter Beweis gestellt. Allerdings hätten es diese Museen schwer ohne die großzügige Unterstützung der Familie Engelhorn und ihrer Stiftung, mehr zu sein als ein größeres städtisches Heimatmuseum. Vielen Dank für dieses Engagement! Für die Zukunft hoffen wir auf weitere Ausstellungen von internationalem Format.

7.5 Freie Szene

Die „Freie Kulturszene“ in Mannheim gehört zur kulturellen Vielfalt in unserer Stadt und leistet wichtige Arbeit, die Unterstützung von Verwaltung und Gemeinderat erfährt. Die Verwaltung hat uns im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagen die Zuschüsse an diese Einrichtungen um 475.000 Euro zu erhöhen, von denen vor allem das Projekt „Zeitraum Exit“ profitieren würde. In Anbetracht der Tatsache, dass in allen Bereichen gespart wird und auch der Kulturbereich der Stadt davon nicht verschont bleibt, passt diese Zuschusserhöhung derzeit nicht in die Landschaft.

8 Wirtschaft

Die wirtschaftliche Entwicklung Mannheims ist für die CDU-Gemeinderatsfraktion Dreh- und Angelpunkt für das Wohlergehen der gesamten Stadt und Stadtgesellschaft. Wirtschaftliches Wohlergehen bedeutet für die Menschen der Stadt vor allem Arbeit und Lohn. Für die Stadt selbst ist dies die Basis um ihre finanziellen Rahmenbedingungen zu erhalten oder zu verbessern und Projekte in allen Bereichen des städtischen Zusammenlebens zu festigen und auszubauen

8.1 Zukunft der Wirtschaftsförderung

Dies vorausgeschickt ist die Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung mit strategischen Zielsetzungen ein wichtiger Meilenstein im vergangenen Jahr gewesen. In der Arbeitsgruppe „neue wirtschaftspolitische Strategie“ hat die CDU-Fraktion gemäß dem, was sie bereits in den Anträgen 248/2002 und 342/2002 dargelegt hat, dafür Sorge getragen, dass bei der Entwicklung der Strategie zwei wesentliche Schwerpunkte gesetzt wurden. Nämlich zum einen die Ausweisung von Kompetenzfeldern von Kreativwirtschaft bis zu Medizintechnologie und zum andern die verstärkte Pflege der Beziehungen zu bereits in Mannheim ansässigen Unternehmen, um diesen als Partnern bei Veränderungen, Erweiterungen oder auch Problemen zur Seite stehen zu können.

Wirtschaftsförderung, so schreibt dies die neue wirtschaftspolitische Strategie auch vor, heißt Partner der Wirtschaft zu sein. In diesem Zusammenhang steht auch die Schaffung der Stelle eines „Kümmers“. Dass zur Umsetzung dieser wirtschaftspolitischen Strategie das Budget der Wirtschaftsförderung insgesamt erhöht wird, ist die logische Konsequenz.

Die Zuordnung der Wirtschaftsförderung zu einem Fachdezernenten hat sich als sinnvoller Schritt gezeigt. Weitere Anstrengungen zur Umsetzung der Ergebnisse der Arbeitsgruppe „neue wirtschaftspolitische Strategie“ müssen in den kommenden zwei Jahren erfolgen. Bei konsequenter Umsetzung und Unterstützung dieser Konzeption durch den Gemeinderat in Gänze, wird dies unsere Wirtschaft stärken und den Standort Mannheim weiter attraktiveren.

8.2 Flächenmanagement

Zu einem attraktiven Standort gehört aber auch immer die Vorhaltung von Grundstücksflächen zur Neuansiedlung von Firmen und Unternehmen sowie zur Erweiterung bestehender Betriebe. Erfolgreich ist in diesem Zusammenhang die Ansiedlung von Dachser auf dem Konversionsgelände Seckenheim/Friedrichsfeld. Das weitere Freiwerden von Flächen der amerikanischen Streitkräfte ist für die Stadt Mannheim von zentraler Bedeutung für die Stadtentwicklung. Hier sehen wir insofern noch weiteren Handlungsbedarf, als der von mir in meiner letzten Etatrede von der Verwaltung eingeforderte langfristige „Masterplan“ für die Flächenbewirtschaftung von Konversionsflächen in Mannheim bisher noch nicht vorgelegt wurde. Hierbei kommt es maßgeblich darauf an, dass Mannheim versucht, den räumlichen Wünschen von bestehenden Unternehmen und neu anzusiedelnden Firmen entgegenzukommen.

9 Sport

Der Sport hat eine besondere Bedeutung in unserer Gesellschaft. Er ist nicht nur Teil unserer Kultur, sondern auch eine unverzichtbare Bildungseinrichtung. Sport bedeutend das Erlernen und Entwickeln von motorischen Fähigkeiten, das Erlangen von Teamgeist, Dialogfähigkeit und Selbsteinschätzung. Auch vermittelt der Sport beispielhaft das Integrieren von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Bewegung durch Sport stellt die größte Möglichkeit der Prävention für Gesundheit des Menschen dar. Dies alles wird geleistet von über 275 Mannheimer Vereinen, die überwiegend auf ehrenamtlicher Basis, Wertvolles für die Gesellschaft leisten.

Finanzielle Lage der Sportvereine

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat natürlich auch die Sportvereine erreicht. Deutliche Rückgänge im Bereich Spenden- und Sponsorengeldern an die Vereine macht dies überdeutlich. Die Sportvereine sind jedoch nur dann in der Lage ihre Aufgaben zu meistern, wenn sie finanziell gut ausgestattet sind. Ihr Beitrag für die Gesellschaft ist ein Vielfaches dessen, was in der Vergangenheit an finanziellen Mitteln bereitgestellt wurde und auch ein Vielfaches davon, was wir im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragen können. Es ist den Vereinen nicht weiter zumutbar auf städtische Fördermittel für getätigte Investitionen mehrere Jahre zu warten und dies in vollem Umfang vorzufinanzieren.

Energiekosten- und Platzanlagezuschüsse

Die Sportvereine benötigen eigentlich deutlich höhere Zuschüsse zum Unterhalt vereinseigener Anlagen. Auch haben einige Vereine in der Vergangenheit städtische Platzanlagen übernommen und stellen fest, dass mit den zu geringen bereitstehenden Zuschüssen der Sportförderung die Anlagen nicht zu unterhalten sind. Als wesentlicher Kostentreiber für alle Vereine sind die gestiegenen Energiekosten zu nennen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich dafür ein, dass weiterhin kompetente Energieberatung für Sportvereine angeboten wird und eine Aufstockung der Zuschüsse für die Unterhaltung vereinseigener Anlagen bereitgestellt wird.

Übernahme von Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen

Auch sehen wir dringenden Handlungsbedarf für die Gewährung von Ausfallgarantien für Sportveranstaltungen. Mit unseren Anträgen dazu haben wir bereits deutlich auf die Wichtigkeit von Übernahmen der Ausfallgarantien hingewiesen. Die zumeist jährlich wiederkehrenden Sportveranstaltungen sind wichtige Bestandteile der Außendarstellung der Sportstadt Mannheim. Eine Kürzung der Ausfallgarantien ist nicht darstellbar.

Änderung der Entgeltfestsetzung für die Benutzung städtischer Sportplätze

Eine erneute Erhöhung der Anhebung der Entgeltfestsetzung für städtische Sportplätze ab 2012 stellt eine weitere Belastung für die Vereine dar, diese lehnen wir ab. Es ist zu befürchten, dass die Sportvereine diese vollständig an ihre Mitglieder weiterreichen. Wir finden dies kann nicht im Interesse einer gewollten Sportförderung sein, vor allem da die Vereine die einmalige Erhöhung in 2010 mittragen werden.

Sportstätten bis zum Deutschen Turnfest 2013 in Mannheim aufwerten

Ein besonderes Highlight für die Außendarstellung Mannheim als Sportstadt wird das Turnfest 2013. Zehntausende Turner werden nach Mannheim kommen. Viele Sportstätten haben eine Runderneuerung nötig. Für die Durchführung des Turnfestes sind im Haushalt in den nächsten vier Jahren in Summe 2,85 Mio. Euro eingeplant, über die Verwendung dieser Mittel wird im Sportausschuss noch zu reden sein

Sportpark Pfeifferswörth ausbauen- Bundesleistungszentrum Hockey

Der Sportpark Pfeifferswörth soll zu einem modernen Zentrum für Breiten- und Leistungssport ausgebaut werden. Dank eines privaten Mäzens, der den Bau eines weiteren Bundesleistungszentrum mit Sportinternat ermöglichen möchte, ist ein weiterer Schritt zur Entwicklung Sportpark Pfeifferswörth erreicht worden. Die benötigten finanziellen Mittel für Umlegung des Polizeisportgeländes und die Gestaltung der nötigen Infrastruktur ist im Haushaltplanentwurf nicht vorgesehen.

Bäderkonzept- Sanierung Herschelbad

Im Haushaltsplanentwurf sind 2 Mio. Euro für die Umsetzung des Bäderkonzeptes, 4,75 Mio. Euro für die Sanierung des Hallenbades in Neckarau und 4 Mio. Euro für die nächsten Sanierungsarbeiten am Herschelbad vorgesehen. In Anbetracht der aktuellen Haushaltssituation ist dies für die nächsten zwei Jahre aus unserer Sicht ausreichend.

10 Stadtentwicklungs-, Wohnungsbau- und Liegenschaftspolitik

Durch eine erfolgreiche Stadtentwicklungspolitik werden die drei strategischen Ziele: „Stärkung der Urbanität“, „Talente überdurchschnittlich gewinnen, entwickeln und halten“ sowie „Zahl der Unternehmen und qualifizierten Arbeitsplätze in Mannheim steigern“ erfüllt. Unsere Stadt als Oberzentrum der Metropolregion steht als Wohn- und Wirtschaftsstandort im unmittelbaren Wettbewerb mit anderen Städten und Umlandgemeinden. Angesichts des demographischen und gesellschaftlichen Wandels, der ökonomischen Herausforderungen infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise, den Fragen des Klimaschutzes und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund müssen sich die Stadtentwicklungsmaßnahmen mit anderen Maßnahmen ergänzen und aufeinander abgestimmt sein.

Ziel muss es sein, Menschen und Unternehmen nach Mannheim zu locken und hier dauerhaft anzusiedeln. Aus unserer Sicht sind nachstehende Akzente im Bereich des Wohnungsbaus, der Stadtentwicklungs- sowie der städtischen Liegenschaftspolitik zu setzen.

10.1 Wohnungsbau

Attraktiver hochwertiger Wohnungsbau, wie in den Umlandgemeinden von Bergstraße bis Weinstraße vorhanden, ist in Mannheim Mangelware. Es besteht ein

erheblicher Nachholbedarf bei der Wohneigentumsquote. Attraktive Flächen für hochwertigen Wohnungsbau, gerade auch im Segment von Ein- und Zweifamilienhäusern sind in Mannheim bislang zu wenig ausgewiesen worden. Zu lange wurde in unserer Stadt vorrangig auf den öffentlich geförderten sozialen Mietwohnungsbau gesetzt. Junge Familien wandern oft ins Umland ab. Einkommenssteueranteile gehen daher für Mannheim verloren. Freie Flächen in zentraler Wohnortlage zur Bebauung auszuweisen, ist aus diesem Grund nicht nur zur Sanierung des Haushaltsdefizits sinnvoll, sondern auch in Bezug auf die demographische Entwicklung der Mannheimer Stadtgesellschaft. Auch hierbei ist jedoch mit Vernunft und Rücksicht auf die örtliche Struktur zu handeln.

Auch beim Thema Wohnungsbau ist der Blick auf die Konversionsflächen unumgänglich. Die wohnungs- und gesellschaftspolitischen Folgen eines möglichen Abzugs der amerikanischen Streitkräfte gilt es mit einer städtebaulichen Entwicklungsperspektive in Einklang zu bringen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion hat die Verwaltung mehrfach aufgefordert einen „Masterplan“ zu entwickeln, der die Schaffung hochwertigen Wohnungsbaus und dringend gebotene Flächen zur industriellen und gewerblichen Nutzung vorsieht.

10.2 Mannheim 21 ungebremst fortsetzen

Die Veränderungen und Entwicklungen auf dem Areal südlich des Bahnhofs sind täglich erkennbar. Erste große Investitionen wurden auf dem ehemaligen Gießereigelände der Fa. John Deere durch private Investoren und die städtische MAFINEX bereits getätigt. Mit Gesamtkosten der öffentlichen Hand von rund 80 Mio. Euro ist Mannheim 21 in den nächsten zehn Jahren das größte Stadtentwicklungsprojekt. Die CDU-Gemeinderatsfraktion steht zur ungebremsten Fortführung dieses wichtigen Zukunftsprojektes. Mit dessen Realisierung werden die Innenstadt und der Stadtteil Lindenhof neu verbunden. Durch die Entstehung von über 500 Wohneinheiten und über 3.000 Arbeitsplätzen wird im Herzen unserer Stadt ein neues pulsierendes und zukunftsfähiges Quartier entstehen.

10.3 Reduzierung städtischer Liegenschaftsbestände

In den vergangenen Jahren hat die CDU-Gemeinderatsfraktion immer wieder darauf hingewiesen, dass die Liegenschaftsbestände der Stadt auch mit deren

Aufgabenstellungen in Einklang zu bringen sind. Angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise kommt der Anpassung der Liegenschaftsbestände hohe Bedeutung zu, d.h. es sollen dauerhaft nur solche Liegenschaftsbestände bei der Stadt bestehen bleiben, die entweder für die Aufgabenerfüllung erforderlich sind oder strategische Bedeutung für die Stadtentwicklung haben. Hierbei kommt dem neuen Bereich Immobilienmanagement der Stadtverwaltung eine wichtige Bedeutung zu.

Der Verkauf und Rückmietung sowie die damit einhergehende Sanierung und Umstrukturierung des Collini-Centers muss ebenfalls genutzt werden um Einsparungspotentiale durch Entmieten oder Verkauf anderer Liegenschaften zu realisieren.

Auch bei den Schulen kann die Aufgabe der Schulstandorte Sickinger-Schule und Theodor-Heuss-Schule nur ein erster Schritt sein. Wie die Verwaltung selbst erklärt, ist die Aufgabe der zwei Schulstandorte nur der Einstieg in die neu zu gestaltende Schullandschaft.

In diesem Sinne unterstützt die CDU-Gemeinderatsfraktion die Intentionen der Verwaltung so wie diese aus den Etatansätzen im Vermögenshaushalt zu erkennen sind. Der ausgeweitete Neuerwerb von Flächen, die nicht einer unmittelbaren ökonomischen Nutzung zugeführt werden können, ist angesichts der Haushaltssituation aus unserer Sicht zurück zu stellen.

11 Verkehr

Mannheim und die Metropolregion Rhein-Neckar liegen im Herzen Europas und damit im Mittelpunkt der europäischen Verkehrsachsen auf dem Wasser, auf der Schiene und auf der Straße. Die CDU-Gemeinderatsfraktion sieht es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, im Verkehrsbereich diesen Standortvorteil im Wettbewerb der Städte und Regionen weiter zu stärken, für die Wirtschaft zu nutzen und für alle Verkehrsträger auszubauen. Im innerstädtischen Bereich geht es vor allem darum, durch Angebote im ÖPNV den Zuwachs des Individualverkehrs zu senken. Durch Umgehungsstraßen und Lärminderungsmaßnahmen müssen die negativen Folgen des Verkehrs minimiert werden.

11.1 ÖPNV – Trassenoptimierung in unserer Stadt

Ein guter Öffentlicher Personennahverkehr ist ein wichtiger Baustein bei der Attraktivierung der Stadtteile und ein wichtiges Entscheidungskriterium für den Zuzug von Menschen.

Drei große Projekte zur Trassenoptimierung im Bereich des Stadtbahnnetzes haben ganz entscheidend zur Attraktivitätssteigerung des ÖPNV und damit zur Begrenzung des Zuwachses beim Individualverkehr in unserer Stadt beigetragen:

1. Die sogenannte B-Linie vom Hauptbahnhof nach Neckarau-West
2. Die Trasse nach Neuhermsheim, zur der SAP-Arena und zum Maimarktgelände mit Anbindung an die S-Bahnstation „Rangierbahnhof“ – zukünftig „Sport und Messepark“
3. Die sogenannte Schafweidenspange in Neckarstadt-Ost im Zuge der Umgestaltung des Alten Messplatzes.

Stadtbahnlinie Nord realisieren

Diese Trassenoptimierung gilt es nunmehr fortzuführen. Mit der Realisierung der Stadtbahnlinie in den Mannheimer Norden kann die letzte große Lücke im Stadtbahnnetz geschlossen werden. Mit einem erwarteten Zuwachs von über 3.300 Fahrgästen am Tag kann der Individualverkehr in den Stadtteilen Wohlgelegen, Herzogenried, Käfertal, Gartenstadt und Waldhof wesentlich verringert werden. Diese Maßnahme stellt u.a. auch einen wesentlichen Baustein der Klimaschutzkonzeption 2020 dar. Die Stadtbahnbindung erhöht erheblich die Attraktivität und Mobilität der Menschen in den genannten Stadtteilen, da es eine direkte Anbindung an die Innenstadt geben wird.

Mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen intelligenten Finanzierung des 77- Mio. Euro-Projektes über Fördermittel von Bund und Land sowie des städtischen Anteils über die MVV Verkehr AG und MVV GmbH wird der Haushalt durch dieses Projekt nicht zusätzlich belastet.

Mit der Beschlussfassung im Dezember 2009 im Gemeinderat wurde das Projekt grundsätzlich auf den Weg gebracht. Die CDU-Fraktion, die vor Jahren einen entsprechenden Antrag stellte, steht voll hinter dem Projekt und unterstützt die vorgeschlagene Trassenführung und das dazugehörige Betriebskonzept der RNV. Natürlich gilt es bei der Feinplanung in Abstimmung mit der Bürgerschaft vor Ort

Optimierung bei einzelnen Haltestellen oder beim genauen Trassenverlauf vorzunehmen. Am 8. Februar findet hierzu eine Bürgerversammlung statt. Da es die letzte Chance sein wird mittels der GVFG-Fördergelder von Bund und Land die Schließung der letzten Lücke im Stadtbahnnetz zu erreichen, warnen wir davor dieses notwendige Infrastrukturprojekt in Frage zu stellen oder zu gefährden.

RNV 2009 – Wettbewerbschancen nutzen

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim sowie die Gemeinderäte der beiden Nachbarstädte Heidelberg und Ludwigshafen, haben mit ihren Entscheidungen im April 2009 unter dem Projekttitel „RNV 2009“ die gemeinsame RNV und deren Unternehmensstrukturen hinsichtlich der europarechtlichen Anforderungen gemäß EU-VO 1370/07 neu gestaltet.

Mit dieser Neuausrichtung der RNV ist dieses gemeinsame Verkehrsunternehmen der drei Oberzentren der Metropolregion Rhein-Neckar nunmehr in der Lage sich - noch erfolgreicher als zuvor – dem Wettbewerbsdruck in dieser Branche zu stellen.

S-Bahn Rhein-Neckar weiter ausbauen

Seit ihrer Inbetriebnahme am 14.1.2003 stärkt die S-Bahn Rhein-Neckar die ÖPNV Infrastruktur der Metropolregion. Sie hat sich über drei Bundesländer hinweg als modernes, attraktives, schienengebundenes Nahverkehrsmittel entwickelt, das ganz entscheidend zur Stärkung der zentralen Funktion unserer Stadt beigetragen hat. Durch den durch die S-Bahn ausgelösten verstärkten Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV und leistet sie gleichermaßen ein Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz.

Bis zum Jahre 2015 gilt es nun die zweite Ausbaustufe mit ihren Nord-Süd-Trassen zu realisieren. Die CDU-Gemeinderatsfraktion ist sehr erfreut darüber, dass es gelungen ist, eine gemeinsame Finanzierung hinsichtlich der Planungskosten für das Herzstück der S-Bahn Rhein-Neckar, dem Trassenabschnitt Mannheim-Heidelberg herbeizuführen. In diesem Zusammenhang ist die Ertüchtigung mehrerer Bahnstationen in unserer Stadt vorgesehen sowie ein neuer Haltepunkt in Neuostheim an der östlichen Riedbahntrasse geplant. Vor allem die Fertigstellung der Station „Sport und Messepark“ (bisher „Rangierbahnhof“) bis Ende 2011 mit unmittelbarer Erreichbarkeit des Maimarktgeländes sowie der SAP-Arena per S-Bahn Rhein-Neckar stellt einen wichtigen Baustein im Rahmen des gesamten

Ausbauprojektes dar. Die Realisierung des Kompaktbahnhofs Neckarau, dessen Machbarkeit vom Eisenbahnbundesamt bestätigt wurde, wird ebenfalls die Attraktivität des ÖPNV in Mannheim steigern. Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt den Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar und wird dafür Sorge tragen, dass die Verknüpfung mit anderen Verkehrsträgern optimal gestaltet wird.

11.2 Hafen Mannheim

Der Hafen Mannheim nimmt im wirtschaftlichen Geflecht unserer Stadt eine bedeutende Rolle ein. Insbesondere als Logistikstandort gehört es nach Auffassung des Fraunhofer-Instituts zu den beiden bedeutendsten Standorten in ganz Süddeutschland. Der Hafen profitiert ganz besonders von der guten Lage Mannheims als Knotenpunkt europäischer Schienen- und Straßenverkehrswege. Alleine aus ökologischen Gründen ist es wichtig, dass so viele Güter und Waren wie möglich die Binnenwasserstraßen nutzen. Unsere Aufgabe ist es, dem Hafen die Anbindung an die anderen Verkehrsträger weiterhin zu ermöglichen und auf Dauer zu sichern.

11.3 Optimierung der Straßeninfrastruktur

Die CDU-Gemeinderatsfraktion bleibt bei ihrer Überzeugung, dass das Bundesstraßensystem zur Innenstadt (B 36, B 37, B 38 und B 44) langfristig mit Tangententrassen miteinander verknüpft werden muss, welche vor allem die verschiedenen Abschnitte des Innenstadtrings vom überregionalen Schwerlastverkehr entlasten. Auf Grund der momentanen Finanzsituation müssen in diesem kostenintensiven Bereich leider Prioritäten gesetzt werden.

Südtangente sofort umsetzen

Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt die Verlegung der Südtangente / B 36 im Rahmen der Stadtentwicklungsmaßnahme Mannheim 21. Dieses Straßenprojekt mit einem Mittelbedarf von ca. 30 Mio. Euro hat eine zentrale Bedeutung bei der Stadterneuerung und Stadtgestaltung.

Westtangente verschieben

Wir tragen den Vorschlag mit, dass aufgrund der notwendigen Priorisierung die wichtigen Infrastrukturprojekte wie der Bau der Westtangente und die Erneuerung

der B44 im Bereich Sandhofen verschoben werden müssen. Trotzdem gilt es zu überlegen in den nächsten Doppelhaushalt oder die mittelfristige Finanzplanung zumindest einen Teil der notwendigen Planungsmittel einzustellen, um die Fortsetzung des Projektes nicht gänzlich zu gefährden.

Altriper Brücke

Die CDU-Gemeinderatsfraktion freut sich darüber, dass zurzeit wieder die Möglichkeit einer weiteren Rheinquerung (Brücke bei Altrip) untersucht wird - diesmal mit der Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz. Der Lückenschluss zwischen der B38a in Mannheim-Rheinau und der B9 bei Ludwigshafen-Rheingönheim würde die Mannheimer Innenstadt von einem Teil des Durchgangsverkehrs entlasten.

Ladenburger Brücke

Der Bau der Ladenburger Brücke der Seckenheim vom Durchgangsverkehr Richtung Ladenburg, Schriesheim und Heddesheim entlasten würde, wird von der CDU-Fraktion weiterhin unterstützt.

Brückensanierungen bzw. – neubau

Wir können froh sein, dass die großen Brückeninvestitionsmaßnahmen abgeschlossen sind. Insbesondere für die Neubauten Friedrich-Ebert-Brücke und Neckarauer Übergang sowie die Sanierungen bei der Kurpfalzbrücke, der Jungbuschbrücke und am Brückenkopf der Kurt-Schumacher-Brücke mussten enorme Finanzmittel eingesetzt werden um die Funktionsfähigkeit der städtischen Infrastruktur zu erhalten bzw. dauerhaft zu sichern.

Mit dem dringend notwendigen Brücken-Neubau über die Riedbahn an der L 579 (Waldstraße) in Waldhof/Gartenstadt (Gesamtkosten ca. 11,3 Mio. Euro) muss trotz schwieriger Haushaltslage ein weiteres Brückenprojekt in unserer Stadt in den Jahren 2010 / 2011 geschultert werden. Die neue Brücke ist auch für die künftige Gestaltung der ICE-Hochgeschwindigkeitstrasse von essentieller Bedeutung.

11.4 Regionalflughafen

Aus heutiger Beurteilung der Situation müssen wir feststellen, dass keiner der fünf in der Region vorhandenen Flugplätze dauerhaft den heutigen Anforderungen der Wirtschaft der gesamten Region gerecht wird. Angesichts der Langfristigkeit eines

solchen Projektes sollte - unabhängig von der jetzigen Finanzlage der öffentlichen Hand - die Diskussion hierzu versachlicht und zielorientiert in der Metropolregion Rhein-Neckar fortgesetzt werden. Bis zu einer regionalen Lösung muss der City-Airport Mannheim für den Wirtschaftsstandort Mannheim voll funktionsfähig erhalten bleiben.

11.5 ICE - Hochgeschwindigkeitstrasse Mannheim-Frankfurt voran bringen

Die CDU-Gemeinderatsfraktion setzt sich seit vielen Jahren, gemeinsam mit den Gremien der Metropolregion Rhein-Neckar, den Wirtschaftsverbänden und der Landesregierung von Baden-Württemberg, mit aller Entschiedenheit für die Stärkung des Hauptbahnhofs Mannheim als Knotenpunkt im europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz ein. Jetzt geht es neben dem Ausbau des Hauptbahnhofs Mannheim vorrangig um die endgültige Festlegung des Trassenverlaufs der Ausbaustrecke Mannheim-Frankfurt. Mannheim als wichtigster ICE-Knoten Süddeutschlands sowie als Umsteigeplatz zwischen Fern-, Regional- und Nahverkehr ist von herausragender Bedeutung für die drei Millionen Menschen und die Wirtschaft in der Metropolregion.

12 Umwelt / Landwirtschaft

12.1 Lärmschutz ist Menschenschutz

Lärm hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stetig zum größten Umweltproblem entwickelt. Die Menschen fühlen sich insbesondere in den Ballungsräumen oder an den regionalen und überregionalen Verkehrsachsen zunehmend vom Lärm belästigt. Auf Grund gesetzlicher Regelungen sind wir zur Durchführung der Lärminderungsplanung verpflichtet. Die CDU-Gemeinderatsfraktion unterstützt den Lärmaktionsplan aus dem Jahr 2008. Auch wenn gegenwärtig angesichts der Haushaltslage nur geringfügige Mittel im Etat der Stadt veranschlagt sind, bleibt es eine vorrangige Zielsetzung der CDU-Gemeinderatsfraktion den Schutz der Menschen vor Lärm durch geeignete Maßnahmen wie Verkehrsberuhigung, Entlastungsstraßen für die Wohngebiete, Lärmverhinderungsmaßnahmen, Lärmabschirmmaßnahmen, Förderung des ÖPNV usw. tatkräftig voranzutreiben.

12.2 Bahnlärm eindämmen

Auch der Ausbau der Bahninfrastruktur wird zu einer Erhöhung der Lärmbelastung führen. Insbesondere durch den Ausbau der S-Bahn Rhein-Neckar, der weiteren Stärkung des ICE-Hochgeschwindigkeitsknotens im Hauptbahnhof Mannheim und dem Ausbau der Güterverkehrstransversale Rotterdam – Genua über den Mannheimer Rangierbahnhof, ist eine frühzeitige Lärminderungsplanung nötig. Dies wird aktiven und passiven Lärmschutz entlang der Bahntrassen zum Schutz der Menschen vor Ort zwingend notwendig machen. Insbesondere entlang der Bahngleise durch die einzelnen Stadtteile gilt es alle Anstrengungen bei Bund und Land zu unternehmen um eine entsprechende Optimierung des Lärmschutzes - zu erreichen. Hierzu sollen auch innovative Mittel wie an der Bahnstrecke in Neuostheim geplant, eingesetzt werden.

12.3 Luftreinhaltung beginnt vor Ort

„Umweltschutz ist eine Chance und keine Last, die wir tragen müssen.“ (Helmut Sihler, Österreichischer Topmanager)

Mit der Novelle des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) im Jahre 2002 wurde die EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie gemeinsam mit weiteren Vorgaben in nationales Recht umgesetzt (22.BImSchV). In diesem Zusammenhang wurden die Luftschadstoffgrenzwerte neu definiert und die Rahmenbedingungen für Immissionsmessungen festgelegt. Ausgehend von dieser Neuformulierung wurde gemeinsam mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe der Luftreinhalteplan für die Stadt Mannheim entwickelt. Dieser soll dauerhaft die Luftbelastung vermindern. Der entwickelte Aktionsplan soll dazu führen, durch geeignete Maßnahmen Überschreitungen für die in der BImSchG definierten Luftschadstoffgrenzwerte kurzfristig zu minimieren. In Folge dieser Zielsetzung zur Luftreinhaltung wurden 20 Kernmaßnahmen für unsere Stadt entwickelt, die Schritt für Schritt umgesetzt bzw. bei Bedarf eingesetzt werden können. Das Maßnahmenbündel reicht von Infrastrukturmaßnahmen beim Straßenbau, über verkehrslenkende Maßnahmen, Fahrverbote, Neuinvestitionen beim städtischen Fuhrpark, Umrüstungen von Dieselfahrzeugen, bis hin zur Straßenreinigung an Schwerpunkstrecken. Die CDU-Gemeinderatsfraktion wird die zuständigen Fachstellen der Stadt Mannheim aktiv unterstützen, damit Schritt für Schritt eine Reduzierung der Schadstoffbelastung in unserer Stadt erreicht wird.

12.4 Landwirtschaft

Die CDU-Gemeinderatsfraktion steht weiterhin zu ihrer Aussage, sich auch in Zukunft für die weitgehende Beibehaltung landwirtschaftlich genutzter Flächen einzusetzen, um den Landwirten eine auskömmliche Existenz zu sichern. Durch die Pflege unserer Kulturlandschaft übernehmen die Landwirte die immer wichtiger werdende Aufgabe der Erhaltung der Naherholungsgebiete. Insbesondere im Zusammenhang mit der europäischen Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie werden die Kommunen ohne Unterstützung der Landwirte ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden können.

Die Landwirtschaft ist in zunehmendem Maße eine Quelle regenerativer Energiegewinnung. Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stadtverwaltung einen Antrag auf Errichtung einer Biogasanlage durch die MVV Energie AG abgelehnt hat. In der Biogasanlage sollten Dung und andere organische Stoffe aus der Landwirtschaft in Energie umgewandelt werden. Die MVV Energie AG ist momentan in Verhandlungen mit der Stadt Ladenburg, dort eine Biogasanlage zu bauen. Wir fordern die Verwaltung auf, im Norden und im Süden von Mannheim, in der Nähe der landwirtschaftlichen Betriebe die Voraussetzungen für jeweils eine Biogasanlage zu schaffen.

13 Stadtteilentwicklung

Mannheim ist die Stadt der einzelnen Stadtbezirke und Stadtteile mit ihrer einzigartigen Individualität und ihren Stärken und Besonderheiten.

Entsprechend umfangreich und vielfältig sind daher die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, der Institutionen und Vereine oder Projektgruppen vor Ort.

Die CDU-Fraktion sieht sich auch zukünftig in der Pflicht sich den Erwartungen der Verantwortlichen vor Ort zu stellen und gemeinsam im Dialog Lösungen für die individuellen Probleme zu suchen und zu realisieren.

13.1 Quartiermanagement

In diesem Zusammenhang stellt das Quartiermanagement für die Arbeit in den Stadtteilen ein wichtiges Instrument dar. Gerade in der Zeit der Wirtschafts- und Finanzkrise gilt es das Gemeinwesen vor Ort zu stärken. Quartiermanagement kann aber nicht das Allheilmittel sein, um strukturelle Probleme eines Stadtteils oder Stadtquartiers dauerhaft zu lösen. Und so teilt die CDU-Fraktion die Auffassung der Verwaltung, dass Quartiermanagement weiterhin als Projektarbeit einzustufen ist

was eine zeitliche Befristung dieser wichtigen Arbeit mit sich bringt. Natürlich gilt es in jedem einzelnen Fall in dem Quartiermanagement sinnvoll und mit Hilfe anderer Partner und Institutionen finanziert werden kann, klare zeitliche Perspektiven zu vermitteln sowie Ziele und Erfolgserwartungen zu definieren, so dass die Arbeit vor Ort nach Ablauf der Tätigkeit möglichst objektiv beurteilt werden kann. Sofern sich nach vier Jahren eine positive Entwicklung abzeichnet, sollte eine Weiterführung auf bis zu acht Jahre möglich sein. Man darf aber auch nicht zögern ein Projekt in einem Quartier einzustellen, wenn die gewünschten und erhofften Erfolge ausbleiben, um gerade in Zeiten knapper Mittel, diese möglichst effektiv – eben dann an anderer Stelle einzusetzen.

13.2 Kultur- und Bürgerhäuser

Die Bürger- und Kulturhäuser in den verschiedenen Stadtteilen sind zentrale Anlauf- und Versammlungsstätten für die im Stadtteil vertretenen Vereine und Institutionen. Oft werden diese Einrichtungen durch das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, zuweilen auch finanziell recht erfolgreich, geführt und verwaltet. Dieses Engagement für das Allgemeinwohl kann nicht hoch genug bewertet werden und verdient unseren Dank und unsere Anerkennung. Doch nicht alle im Laufe der Zeit anfallenden Baumängelbeseitigungen oder baulichen Anpassungen an gesetzliche Vorgaben können durch laufende Einnahmen aus der Vermietung der Räumlichkeiten finanziert werden. Und so fordert die CDU-Fraktion auf dem eingeschlagenen Weg den Sanierungsstau langsam abzubauen weiter fortzufahren und fordert die im Haushaltsentwurf veranschlagten 75.000 Euro pro Jahr auf 150.000 Euro pro Jahr für außerordentliche Instandhaltungsmaßnahmen zu verdoppeln (Fipo 2.7670.0400.1200). Als Deckungsvorschlag werden wir beantragen, dass Mittel aus dem Klimaschutz hierfür umgewidmet werden, um insbesondere energetische Verbesserungen bei den Bürgerhäusern zu finanzieren.

14 Sicherheit und Ordnung

14.1 Ausbau KOD

Obwohl Mannheim bei den Städten in Baden-Württemberg die rote Laterne bei der Kriminalitätsbelastung abgegeben hat, gibt es auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit noch einiges zu tun. Wir sind sehr dankbar, dass unsere Polizei in Mannheim eine

herausragende Arbeit leistet. Dabei ist uns klar, dass sie sich vor allem auf die Kriminalitätsbekämpfung konzentriert und sich um die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten kaum noch kümmern kann.

Nicht zuletzt deshalb hatte sich die CDU- Fraktion für die Einführung des Kommunalen Ordnungsdienstes stark gemacht und diesen auch durchgesetzt. Wir sind froh darüber, dass die große Mehrheit des Gemeinderats sich ebenfalls hinter den KOD stellt. Mit ihm ist es uns gelungen, die alltäglichen Ordnungsstörungen wie beispielsweise aggressives Betteln, Verschmutzungen des öffentlichen Raumes oder Lärmbelästigungen merklich einzudämmen. Dennoch müssen wir unsere Anstrengungen auf diesem Feld weiter verstärken. Unser Ziel bleibt es daher, den KOD personell weiter auszubauen. Sehr gerne würden wir einen Antrag in die Etatberatung zur Aufstockung des KOD um 12 Stellen einbringen, wie wir dies im Kommunalwahlkampf angekündigt haben. Angesichts der schwierigen Haushaltslage werden wir für den kommenden Doppelhaushalt jedoch nur 4 zusätzliche Stellen für den KOD beantragen, kündigen aber jetzt schon an, dass wir mittelfristig an dem Ausbau des KOD auf 42 Stellen festhalten werden.

Aus unserer Sicht bedarf es für die Schaffung von zusätzlichen 4 Stellen des KOD keines Zugangs von 4 Stellen im Stellenplan. Wir halten es für problemlos möglich und auch zumutbar, dass die Verwaltung diese 4 Stellen durch Umschichtungen schaffen kann. Zudem setzen wir bis zur Realisierung der weiteren 8 KOD-Stellen darauf, dass die vorhandenen KOD-Kräfte noch effektiver eingesetzt werden. Die CDU wird sich auch künftig mit großem Nachdruck dafür einsetzen, dass unsere Stadt sicherer wird. Mit unserem eigenen Kommunalen Ordnungsdienst besitzen wir hierzu ein geeignetes Instrument, um das uns viele andere Städte und Gemeinde beneiden.

14.2 Videoüberwachung

Gerade in Zeiten wie diesen, sollten wir an der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen festhalten. Mit überschaubaren finanziellen Mitteln können wir so wirkungsvoll den Kampf gegen Gewalttaten, Diebstähle und Vandalismus führen. Wir werden uns daher auch auf Landesebene dafür einsetzen, dass diese Form der Kriminalitätsbekämpfung an den neuralgischen Plätzen unserer Stadt wieder möglich wird.

15 Personalentwicklung / Verwaltungsumbau

15.1 Personalentwicklung

Wie in Kapitel 1 bereits ausgeführt, sind die Ausgaben des Verwaltungshaushalts exorbitant von den Mehrausgaben bei den Personalausgaben geprägt.

Betrachtet man den Stellenplan genauer, so sind vor allem vier Bereiche der Verwaltung am stärksten von Personalkostensteigerungen betroffen:

Fachbereiche	2008 / 2009	2010 / 2011	Differenz	in %
FB Soziale Sicherung	372,18	440,61	68,43	18,39%
FB Kinder, Jugend	1.044,69	1.088,67	43,98	4,21%
FB Bildung	512,95	559,97	47,02	9,17%
FB OB + Dez.+R+Ö	120,35	145,10	24,75	20,57%

Die absolut größte Stellenmehrung ist beim FB Soziale Sicherung (FB 50) zu verzeichnen. Ein Zuwachs von 68,43 Stellen, dies entspricht 18,39 %, der eine Steigerung der SGB XII –Kosten in Höhe von 4,3 Mio. Euro, dies entspricht ca. 4,4% gegenüber steht. Erläuterungsbedürftig ist dabei die Frage ob und inwieweit bzw. in welcher Höhe die strukturelle Eingliederung eines Teils des FB 64 in den Zahlen des FB 50 ihren Niederschlag findet, was sich hinter der Personalaufstockung bei der ARGE verbirgt und welche Notwendigkeit für die weitere Aufstockung beim Fachdienst für Behinderte gibt.

Die zweitgrößte Stellenmehrung gibt es beim FB Kinder, Jugend und Familie (FB 51). In diesem Bereich kommt es zu einem Stellenzuwachs von 43,98 Stellen, dies entspricht 4,21 %. Der Etatansatz bei der Jugend- und Familienhilfe steigt von 2008/2009 auf 2010/11 um 11,285 Mio. Euro, folglich ist in diesem Bereich die Personalentwicklung absolut nachvollziehbar.

Absolut betrachtet nimmt die Stellenmehrung bei FB 40 den 2. Platz ein. Bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten den dritten. Hinter der Stellenmehrung von 47,02 Stellen, dies entspricht 9,17 % sind die neuen Anforderungen bei den Betreuungsangeboten an den Schulen zu sehen, die allein in den nächsten beiden Jahren mit zusätzlich 2,3 Mio. Euro veranschlagt sind.

Mit einem Zuwachs von 24,75 Stellen liegt der Personalzuwachs im OB Dezernat, den Büros der einzelnen Dezernate und dem Amt für Rats- und Öffentlichkeitsarbeit absolut betrachtet an 4. Stelle und das obwohl wir ein Dezernat eingespart haben. Prozentual auf das Gesamtpersonaltableau nimmt dieser Wert mit + 20,57 % den Spitzenplatz im Personalaufbau im Betrachtungszeitraum ein.

15.2 Verwaltungsumbau / Change Projekte

Der Oberbürgermeister ist angetreten aus der Mannheimer Stadtverwaltung die modernste Verwaltung der Großstädte in Deutschland zu machen und hatte hierzu ein kosten- und personalintensives Programm von Verwaltungsreformprojekten bis zum Jahr 2013 aufgelegt. Doch die Ergebnisse der bereits abgeschlossenen Projekte sind zum Teil sehr enttäuschend. Der Kampf zwischen Dezernaten oder sogar Fachbereichen in einem Dezernat oder Verwaltungsspitze und Personalrat um Zuständigkeiten, finanzielle Mittel und Personal führt immer wieder zu suboptimalen Ergebnissen und Kompromissen, die letztendlich mehr Geld kosten als die bisherige Aufgabenwahrnehmung. Beispielhaft seien hierbei die Ergebnisse der Projekte Beteiligungsmanagement / Controlling, Immobilienmanagement oder Horte im Bildungs- und Jugendbereich genannt, bei denen die Projektgruppe in einem ersten Schritt durchaus vernünftige Ergebnisse erarbeitet hatte, die dann bei der Feinabstimmung in einer zweiten Runde so verändert wurden, dass am Ende des Projektes die ursprünglichen Ergebnisse nicht mehr wieder zu erkennen waren.

Desweiteren binden die Projekte kompetente Personalressourcen, nicht nur die für diese Aufgaben freigestellten Mitarbeiter, sondern auch in den einzelnen Fachbereichen der Verwaltung. Unser Eindruck ist, dass die Unzufriedenheit in der Mitarbeiterschaft mit den Change Projekten stark zugenommen hat.

Wir fordern die Verwaltung deshalb auf, alle Change Projekte auf den Prüfstand zu stellen. Deshalb beantragen wir auch eine Halbierung der Mittel, die im Doppelhaushalt 2010/ 2011 und in der Finanzplanung bisher eingestellt waren. Einen Teil davon hat der Oberbürgermeister im Rahmen seines Haushaltsstrukturprogramms bereits eingespart, dies geht uns aber nicht weit genug. Vor allem bei den hohen externen Beraterkosten muss deutlich reduziert werden. Für die Zukunft wünschen wir uns klar messbare Ergebnisse aus den Projekten, vor allem Einsparungen, die auch finanziell messbar sind. Denn nur dann machen Projekte in dieser Größenordnung auch Sinn und dienen nicht der Selbstbeschäftigung.

16 Schlussbemerkung

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dieser Etatrede habe ich die wichtigsten kommunalen Themen angesprochen, die durch den Mannheimer Haushalt berührt werden. Der Haushaltsplanentwurf 2010/2011 ist der zweite des Oberbürgermeisters Dr. Kurz und enthält viele Schwerpunkte, die auch die Zustimmung der CDU-Gemeinderatsfraktion finden. Dies gilt vor allem für die hohen Investitionen im Bildungsbereich. Auch der Wille deutliche Einsparungen vorzunehmen ist erkennbar, geht uns aber noch nicht weit genug. Die Einnahmeverbesserungen durch Steuererhöhungen lehnen wir bei der derzeitigen Wirtschaftslage ab, ebenso wie die Abschaffung des Betreuungsgutscheins für die Kindertagesstätten.

Lassen Sie mich abschließend den Dank der CDU-Gemeinderatsfraktion für die von der Verwaltung geleisteten Vorarbeiten, insbesondere durch das Kämmereiamt unter Leitung von Herrn Peter Schill, zum Ausdruck bringen. Unser allgemeiner Dank gilt aber auch sämtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kompletten Stadtverwaltung, die täglich im Dienste der Bürgerinnen und Bürger tätig sind.

Ich wünsche dem Gemeinderat und der Verwaltung konstruktive Etatberatungen in entspannter Atmosphäre auch wenn die Rahmenbedingungen schwierig sind.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.